

Kapitalsäule soll auf jährlich 12 Milliarden Euro erhöht werden

Mehr Geld für die Aktienrente

VON TIM SZENT-IVANYI (RND)

Berlin. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) rückt seinem Ziel näher, die gesetzliche Rente durch eine Kapitaldeckung zu ergänzen. Nach Informationen des RedaktionsNetzwerks Deutschland (RND) hat sich Lindner mit Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) auf die Größenordnung der kapitalgedeckten Säule geeinigt, die anfangs als Aktienrente und neuerdings als Generationenkapital bezeichnet wird.

Demnach sollen neben den bereits für das laufende Jahr eingeplanten 10 Milliarden ab 2024 jährlich 12 Milliarden Euro angespart und am Kapitalmarkt angelegt werden. Geplant ist, den Betrag dann jährlich um 3 Prozent zu erhöhen. Bis 2035 soll der Fonds auf rund 200 Milliarden Euro angewachsen sein. Die Kapitalerträge will Lindner dann nutzen, um die steigenden Ausgaben der Rentenversicherung abzufedern, weil in dieser Zeit die geburtenstarken Babyboomer in den Ruhestand gehen.

Das Generationenkapital ist eines der Lieblingsprojekte von Lindner. Ursprünglich wollte der FDP-Chef eine Kapitalsäule, in der Beitragsgelder der Versicherten angelegt werden. Das war allerdings weder mit der SPD noch mit den Grünen zu machen. Nun ist geplant, dass die Einzahlungen in das Generationenkapital aus Schulden finanziert werden. Sie müssen nach Auffassung des Finanzministeriums nicht auf die Schuldenbremse angerechnet werden, womit die Spielräume für andere Ausgaben nicht eingeeengt werden. Denn sie würden als „finanzielle Transaktion“ gelten, weil das Geld nicht ausgegeben, sondern angelegt wird.

Geplant ist ein Staatsfonds in Form einer öffentlich-rechtlichen Stiftung, die unabhängig von politischem Einfluss agieren soll. Das Konstrukt ist angelehnt an den Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung (Kenfo). Dieser Fonds verfügt über 24 Milliarden Euro, die am Kapitalmarkt angelegt werden und so die Entsorgung von Atommüll finanzieren. Lindner setzte bei Heil auch seine Idee durch, in den Fonds Vermögenswerte des Bundes einzubringen, also zum Beispiel Aktien von Post oder Telekom. In Regierungskreisen wurde eine Summe von 15 Milliarden Euro dafür genannt.

Bei den Grünen bestehen dem Vernehmen nach aber weiterhin schwere Bedenken gegen die Aktienrente. So bezweifelt der Koalitionspartner, dass die Konstruktion nicht für die Schuldenbremse relevant ist. Dabei beruft er sich auf ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestags, das der Grünen-Rentenexperte Markus Kurth in Auftrag gegeben hatte. Außerdem sind die Grünen skeptisch, ob ein derartiger Fonds überhaupt sicher ist und in der Lage sein wird, eine ausreichende Rendite zu erreichen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass bei der Aktienrente auch die Schuldzinsen mit erwirtschaftet werden müssen, schließlich handelt es sich bei dem angelegten Geld um Kredite.

„Diese Wette kann richtig schiefgehen“

Bei Gewerkschaften und dem Sozialverband VdK stößt die Aktienrente auf Kritik. „Dass das Rentensystem von einem Beitragssystem teilweise zu einem Anlagesystem reformiert werden soll, sehen wir sehr skeptisch“, sagte DGB-Chefin Yasmin Fahimi. Der VdK forderte kürzlich Alternativen von der Bundesregierung: „Diese Wette auf die Zukunft kann richtig schiefgehen“, sagte VdK-Präsidentin Verena Bentele. „Daher muss der Staat andere Möglichkeiten nutzen, um für gute Renten zu sorgen, als in fragwürdige Aktien zu investieren.“ Sie betonte: „Selbst Experten aus den eigenen Reihen der Ampelkoalition glauben nicht an das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag und schlagen Alarm: Die Renditeaussichten bei dem angedachten Kapitalstock sind bescheiden.“ Damit alle Menschen später von ihrer Rente leben könnten, brauche es unter anderem steigende Löhne.